SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 10. DEZEMBER 2019

ANTRAG NATÜRLICHE GEBURTEN STÄRKEN

Nur etwa acht Prozent aller Schwangeren mit niedriger Risikoeinschätzung gebären aktuell ohne ärztliche Unterstützung. Doch immer mehr Schwangere haben den Wunsch, möglichst selbstbestimmt, natürlich und ohne medizinische Eingriffe zu gebären. Einstimming hat die Stadtbürgerschaft auf Antrag der rot-grün-roten Koalition heute beschlossen, einen Schritt in genau diese Richtung zu unternehmen: Der Senat soll eine Arbeitsgruppe mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren einrichten mit dem Ziel, einen ersten hebammengeleiteten Kreißsaal in Bremen aufzubauen.

„Auch gesunde Frauen mit einem normalen Schwangerschaftsverlauf erleben immer seltener eine Geburt ohne technische oder medizinische Eingriffe“, sagte Ute Reimers-Bruns, Sprecherin für Gesundheit und Pflege, heute am Rande der Stadtbürgerschaft. „In unserer fast schon überzivilisierten Welt, in der alles durchgeplant ist und nichts dem Zufall überlassen wird, wird auch die Geburt eines Kindes in allen Details geplant. Die Geburt hat fast schon technisierte Züge angenommen“. Um diesem Trend entgegenzuwirken, habe beispielsweise Großbritannien bereits in den 1990er Jahren das Konzept eines hebammengeleiteten Kreißsaals entwickelt. „In diesem Modell arbeiten die Hebammen selbstständig, eigenverantwortlich und im Team innerhalb der geburtshilflichen Abteilung eines Krankenhauses“, so Reimers-Bruns. Eine Betreuung durch die Hebammen würde nicht nur bei der Geburt, sondern auch in der ersten Zeit des Wochenbetts stattfinden. „Dabei ist dieses Modell vor allem eine Ergänzung zum Geburtshilfe-Angebot“, berichtete die Sprecherin. „Bei Komplikationen während der Geburt wird natürlich ärztliches Personal hinzugezogen. Aber der Grundsatz ist: Der Wunsch nach einer selbstbestimmten Geburt wird respektiert“.

Ute Reimers-Bruns

Der erste hebammengeleitete Kreißsaal Deutschlands wurde 2003 in Bremerhaven gegründet. „Zahlreiche weitere Krankenhäuser folgten diesem Beispiel. Und das Modell wurde durchweg positiv evaluiert“, so Reimers-Bruns, und sagte weiter: „Im Vergleich zwischen hebammengeleiteten Kreißsälen und solchen unter ärztlicher Aufsicht hat sich schnell herausgestellt, dass es in den von Hebammen geleiteten Sälen öfter zu Spontangeburten kam und seltener medizinische Eingriffe stattfanden“. Zudem seien seltener Geburten eingeleitet worden, man habe seltener Wehen verstärkende Mittel verabreicht und auch seltener Periduralanästhesien (PDA) gesetzt. „Kurzum: Die Eigendynamik von Geburtsvorgängen wurde mehr respektiert und das Ziel einer selbstbestimmten Geburt besser verwirklicht. Deshalb freut es mich, dass die Stadtbürgerschaft geschlossen dafür gestimmt hat, nun einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu unternehmen“.

> Antrag: Natürliche Geburten stärken - Den Weg frei machen für einen hebammengeleiteten Kreißsaal in der Stadtgemeinde Bremen
http://bit.ly/natuerliche-geburten

Impressum:

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen
T. 0421.336770 / **F.** 0421.321120
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Marieke Meinhart

Redaktion:
Matthias Lüdecke, Phillip Wauter, Philipp Schrage, Ana Belle Becké

FRAGESTUNDE PRÄVENTIVE HAUSBESUCHE: EIN MODELL FÜR BREMEN?

Mit dem steigenden Durchschnittsalter der Gesellschaft steigt auch die Nachfrage nach verschiedenen Pflegeoptionen oder -alternativen. Eine unterstützende Möglichkeit, die dem Wunsch vieler älterer Mitmenschen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden verbleiben zu können, gerecht werden kann, ist der sogenannte präventive Hausbesuch.

Im Rahmen eines Pilotprojektes soll dies im kommenden Jahr in Niedersachsen erprobt werden. In der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft fragte unsere sozialpolitische Sprecherin, Birgitt Pfeiffer, deswegen beim Senat nach: Welche Kenntnisse hat der Senat über das genannte Projekt? Wie bewertet er das geplante Angebot im Vergleich zum stadtbremischen Programm der „Aufsuchenden Altenarbeit“ ? Und welche Aspekte des niedersächsischen Pilotprojektes wären geeignet, die „Aufsuchende Altenarbeit“ zu verbessern?

Niedersachsen wolle das Projekt zuerst in drei unterschiedlichen Kommunen testen, berichtete Anja Stahmann für den Senat. „Im Zentrum steht dabei die individuelle Information und Beratung in der häuslichen Umgebung mit Hinweisen auf lokale Angebote zu den Themen der selbstständigen Lebensführung und Gesunderhaltung“, so die Sozialsenatorin. Eine wissenschaftliche Begleitung sei ebenfalls geplant. Insgesamt habe das Land 1,5 Millionen Euro für die Erprobung bereitgestellt – „Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags im Rahmen der Haushaltsverabschiedung“, ergänzte Stahmann.

Die Senatorin wies darauf hin, dass der „präventive Hausbesuch“ schon vor der Aufsuchenden Altenarbeit gelebte Praxis in Bremen gewesen sei. So habe Bremen bereits 1975 kommunal geförderte Dienstleistungszentren eingerichtet. „Diese Zentren haben eine präventive Funktion und werden in einer Lebensphase in Anspruch genommen, in der Unterstützung erforderlich ist, aber noch keine professionelle Pflege“, so Stahmann. So würden sie sie ehrenamtliche Nachbarschaftshilfen vermitteln und trügen dazu bei, Betroffene und ihre Angehörigen vor Überforderung zu schützen. Zudem stabilisierten so das Leben in der eigenen Wohnung und wirkten damit vorzeitiger Pflegebedürftigkeit entgegen.

Wie sich das niedersächsische Modellvorhaben gestalte und ob Bremen daraus etwas lernen könne, bemerkte Stahmann abschließend, ließe sich aktuell noch nicht bewerten, da sich das Projekt gerade erst entwickle. Auf Nachfrage bestätigte Stahmann jedoch, dass Bremen das niedersächsische Projekt im Auge behalten wolle. Zusätzlich berichtete Stahmann auf weitere Nachfrage von der Absicht des Senats, die Zahl der Pflegestützpunkte in Bremen zu erhöhen; zwei Standorte, einer im Bremer Süden und einer im Westen, seien aktuell geplant. Zudem wolle der Senat die Zusammenarbeit der Akteure auf Quartiersebene weiter verbessern.

FRAGESTUNDE AUFKLÄRUNG AN BREMER SCHULEN DURCH RAT&TAT-ZENTRUM?

Zum Januar 2020 musste die einzige hauptamtliche Stelle im Rat&Tat-Zentrum für Queeres Leben, die sich mit der Schulaufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beschäftigt, gekündigt werden. Deshalb wollten die rot-grün-roten Sprecher*innen für Queerpolitik in der heutigen Fragestunde vom Senat wissen, wie er den Umstand der Kündigung bewerte, welche Möglichkeiten der Senat sehe, diese Stelle doch noch abzusichern und ob es seitens des Senats Pläne gebe, ein Konzept für Schulaufklärung zu entwickeln, um den gestiegenen Bedarfen gerecht zu werden.

Für den Senat antwortete Sozialsenatorin Anja Stahmann, dem Rat&Tat-Zentrum im Rahmen des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie seien vom Senat für das Jahr 2019 Mittel für verschiedene Projekte zur Verfügung gestellt worden. Diese seien jedoch für den Zeitraum eines Jahres festgelegt worden und liefen nun aus. „Die Frage, wie und in welcher Form zukünftig Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen durch außerschulische Träger über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zur Umsetzung des Landesaktionsplans erfolgen soll, ist noch offen“, erklärte Stahmann und verwies auf die anstehenden Haushaltsberatungen.

Abschließend betonte die Sozialsenatorin, dass die Darstellung und die Toleranz gegenüber verschiedenen Familienmodellen, geschlechtlicher Vielfalt und sexueller Orientierung immer eines der Lernziele in bremischen Schulen sei. Die Senatorin für Kinder und Bildung werde ein Konzept erstellen, welches die Gesamtthematik entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blick nehme.

ANTRAG AUSBAU DES STRASSENBAHNNETZES BIS 2030 BESCHLEUNIGEN

Jeden Werktag legen die Bremer Straßenbahnen gut 25.000 Kilometer zurück. Gutachten bescheinigen Bremen ein gut ausgebautes ÖPNV-Netz. Doch noch sind nicht alle Quartiere zufriedenstellend an das Netz der Bremer Straßenbahnen angebunden. Deswegen hat die Stadtbürgerschaft heute mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen beschlossen, den Ausbau des Straßenbahnnetzes in Bremen bis 2030 zu beschleunigen. Auf Antrag der rot-grün-roten Koalition sollen die einzelnen Pläne im Verkehrsentwicklungsplan zügig bewertet und priorisiert werden, damit der Ausbau noch in dieser Legislaturperiode gestartet werden kann. Angestrebt wird eine Förderung durch Bundesmittel.

Anja Schiemann

„Sehr viele Menschen können sich vorstellen, häufiger den ÖPNV zu nutzen oder gar auf das eigene Auto zu verzichten. Allerdings unter Bedingungen“, sagte Anja Schiemann, die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, heute in der Sitzung der Stadtbürgerschaft, und fuhr fort „dazu gehört neben dem Preis in erster Linie, dass der ÖPNV für sie verfügbar ist, am besten direkt vor der Haustür – oder zumindest in der Nähe.“

Um den ÖPNV attraktiver zu machen, ist der Ausbau der Linie 1 und 8 und die Querspange Ost ebenso wie die Verlängerung der Linien 2 und 10 bis Osterholz und Oslebshausen im Verkehrsentwicklungsplan verankert. Mit dem heutigen Beschluss der Stadtbürgerschaft sollen diese Maßnahmen in umfassenden Voruntersuchungen gleichberechtigt und zeitnah geprüft werden. Denn, so Schiemann: „Für die in Bremen angestrebte Verkehrswende bedarf es eines erheblichen 'Mehr' in Form einer Netzausbau- und Angebotsoffensive.“

Um dazu in Bremen erfolgreich Bundesfördermittel zu beschaffen, soll der Fördertopf des Bundes, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) um bis zu zwei Millionen Euro ausgeweitet werden. Der Bund fördert mit dem Programm dringende Investitionen in den Neu- und Ausbau des Nahverkehrs. „Nur wenn es Bremen gelingt, einzelne Maßnahmen zu einem neuen Ausbauprogramm zu verknüpfen und zu bündeln, haben wir eine Chance auf Fördermittel des Bundes“, bekräftigte Anja Schiemann. Auf der Verkehrsministerkonferenz soll sich der Senat nun dafür einsetzen, die Bewertungsverfahren neu zu gestalten, die Mindestfördersumme auf 30 Millionen Euro abzusenken und Leistungsnachweise wie Nutzwertanalysen als Prüfkriterien aufzunehmen.

Mit dem Ausbau des Straßenbahnnetzes soll auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Wer mit dem Bus oder der Straßenbahn fahre, sei klimafreundlicher unterwegs als mit dem Auto, so Schiemann abschließend. So helfe die Nutzung des ÖPNV wesentlich dabei, CO^2-Emissionen zu reduzieren und die Lebensqualität in Bremen zu verbessern.

> Antrag: Ausbau des Straßenbahnnetzes bis 2030 beschleunigen
http://bit.ly/ausbau_strassenbahn_2030